

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 86/ 2015  
Kiel, Donnerstag, 5. März 2015

Kultur/Landestheater

## Anita Klahn: Wir brauchen einen Sicherstellungszuschlag für kleine Grundschulstandorte

Zur heutigen Beratung im Bildungsausschuss zum Erhalt kleiner Grundschulstandorte erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Man kann nur von Hohn sprechen, wenn die Schulministerin heute behauptet, dass die Grundschulen aufatmen können. Das Gegenteil ist der Fall. Die Landesregierung verpulvert Lehrerressourcen für den Aufbau unnötiger Mini-Oberstufen an Gemeinschaftsschulen und versenkt 30 Millionen Euro aufgrund eines vermurksten Lehrkräftebildungsgesetzes im Bereich der Lehrerbesoldung, bei dem im Übrigen die Grundschulen auch schon die großen Verlierer sind. Zusätzliche Ressourcen für Grundschulen, erklärt Schulministerin Ernst, wird es aber nicht geben, und auch die Koalitionsfraktionen schließen explizit einen Sicherstellungszuschlag für kleine Grundschulen aus. Stattdessen wird weiter von kreativen Konzepten geredet und als weitere Nebelkerze davon gesprochen, dass die Richtgröße für Außenstellen von 44 auf 27 Schüler gesenkt wird.“

Es ist klarzustellen, dass es noch nie eine Mindestgröße für Außenstellen gab und auch jetzt schon mehrere Standorte bestehen, die weniger als 44 Schüler haben. Möglich wird das, weil die Hauptstandorte der betroffenen Schulen eine ausreichende Größe haben und sie die Stellenverschiebung intern kompensieren können. Die Größe ist somit irrelevant, wenn die Landesregierung nicht bereit ist, entsprechende Personalressourcen bereitzustellen. Auch wird kein noch so kreatives Konzept eine Lehrerstelle aus der Luft herbei zaubern können.

Häufig reicht schon eine weitere Teilzeitstelle aus, um einen Standort, wie zum Beispiel in Petersdorf, zu erhalten. Die FDP fordert daher, den Schulen entsprechende Sicherstellungszuschläge zu gewähren. Dass die Regierungskoalition dazu nicht bereit ist, ist bitter für die Grundschulen.“